

Interpellation Fraktion SVP (Alexander Feuz): Fusionsgespräche mit der Gemeinde Ostermundigen und anderen Gemeinden Teil II: Rigide rotgrüne Verbotskultur (Belegungsvorschriften bei Wohnungen, Einführung Fleischsteuer, Abbau Parkplätzen etc.) und drohende de facto Enteignung der Hauseigentümer: Wie will der Gemeinderat den Ängsten der umliegenden Gemeinden begegnen?

Am 11.9.2019 fand eine interessante Sitzung der AKO zu den Erfahrungen der Fusion Luzern und Littau statt. Die Fraktions- und Parteipräsidenten waren dabei eingeladen. Der Präsidentin und dem Sekretariat der AKO sei an dieser Stelle für die gute Organisation und die gelungene Durchführung des Anlasses gedankt. Wichtige Erkenntnisse des Anlasses waren u.a., dass der Prozess von unten angestossen werden muss und der Einbezug weiterer Agglomerationsgemeinden frühzeitig stattfinden. Auch müssen Ängste abgebaut werden. Es sei auf den Erfahrungsbericht von Peter Mendler (Inputreferat vom 11.9.2019) verwiesen.

In der Stadt herrscht eine rigide rotgrüne Politik und Verbotskultur, dem Autofahrer wird das Autofahren verleidet, ebenso sollen die bestehenden Verkehrsachsen verengt und Parkplätze weiter abgebaut werden. Zudem drohen Belegungsvorschriften für Wohnungen, Werbeverbote und die Einführung der Fleischsteuer. Als neues Highlight droht Hauseigentümern die Enteignung, wenn die Stadt eine neue Quote städtischer Liegenschaften anstreben will.

Der Gemeinderat wird höflich darum ersucht, die Fragen zu beantworten:

1. Werden durch die vorstehend erwähnte rotgrüne Politik und die Verbotskultur die umliegenden Gemeinden nicht brüskiert und zu recht vor Fusionsgelüsten abgeschreckt?

Wenn nein, warum nicht?

aufgeschlüsselt nach a) rigide rotgrüne Verkehrspolitik (Abbau Parkplätze, zwangsweise Benützung der Einstellhallen, Schikanen, überbordende Velooffensive etc.); b) Verbotskultur (Belegungsvorschriften, Fleischsteuer, Werbeverbote); c) de facto Enteignung der Hauseigentümer; e) weitere kritische Bereiche

Wenn ja, was will der Gemeinderat der Konsequenzen daraus ziehen, wie will er diese konkret umsetzen und die Ängste abbauen

aufgeschlüsselt nach a) rigide rotgrüne Verkehrspolitik (Abbau Parkplätze, zwangsweise Benützung der Einstellhallen, Schikanen, überbordende Velooffensive etc.); b) Verbotskultur (Belegungsvorschriften, Fleischsteuer, Werbeverbote); c) de facto Enteignung der Hauseigentümer; e) weitere kritische Bereiche

2. Was will der Gemeinderat konkret gegen die bestehenden berechtigten Ängste der umliegenden Gemeinden unternehmen.

Bern, 12. September 2019

Erstunterzeichnende: Alexander Feuz

Mitunterzeichnende: Thomas Glauser, Janosch Weyermann, Ueli Jaisli

Antwort des Gemeinderats

Am Projekt «Kooperation Bern» beteiligen sich die Stadt Bern und die Gemeinden Ostermundigen, Bolligen, Bremgarten, Frauenkappelen und Kehrsatz. Im Rahmen dieses Projekts wurde in der zweiten Hälfte 2019 eine Machbarkeitsstudie erarbeitet, welche die Vor- und Nachteile verschiedener Kooperations- und Fusions Szenarien untersucht und den Gemeinden als Grundlage für einen Grundsatzentscheid dienen soll. Die Legislativorgane der beteiligten Gemeinden werden den

Grundsatzentscheid, ob und in welcher Form das Kooperations- und/oder Fusionsprojekt weiterverfolgt werden soll, Ende 2020 fällen.

Zum Zeitpunkt der Beantwortung vorliegender Interpellation liegen die Ergebnisse der Machbarkeitsstudie noch nicht vor. Im Rahmen der Machbarkeitsstudie werden – nebst vielen weiteren relevanten Aspekten – auch einzelne Politikfelder untersucht, so etwa die Bereiche Raumplanung und Verkehr oder Recht. Der Gemeinderat geht davon aus, dass die Machbarkeitsstudie einige Informationen zu den Auswirkungen einer allfälligen Fusion auf die von der Interpellantin genannten Politikbereiche liefern wird. Insofern kann sich der Gemeinderat zum heutigen Zeitpunkt nur allgemein zum Umgang mit möglichen Ängsten der am Projekt beteiligten Gemeinden äussern.

Dem Gemeinderat ist es ein grosses Anliegen, dass die Machbarkeitsstudie Grundlagen schafft, auf denen sachlich und konstruktiv weitergearbeitet werden kann. Zu diesen Grundlagen gehören namentlich auch spezifische Eigenheiten der einzelnen Gemeinden, und somit auch der Stadt Bern. Der Gemeinderat freut sich auf die Konsultationsphase zur Machbarkeitsstudie, die zu einem breiten Meinungsbildungsprozess führen wird. Die Erfahrungen aus anderen Fusionsprojekten haben gezeigt, dass es insbesondere die Angst vor dem Identitäts- oder Autonomieverlust ist, welche die Bevölkerung kleinerer Gemeinden umtreibt. Die Stadt Bern als grösste am Projekt beteiligte Gemeinde ist sich diesen potenziellen Ängsten in den kleineren Gemeinden bewusst und versucht, diesen durch eine offene und transparente Projektkommunikation entgegenzukommen. So gilt es, zum richtigen Zeitpunkt auch die allenfalls heikleren Aspekte einer Fusion, wie etwa die künftige politische Vertretung der bislang eigenständigen Gemeinden, offen zu thematisieren und zu diskutieren. In diesem Zusammenhang ist, wie bereits erwähnt, zwischen dem Abschluss der Machbarkeitsstudie und den Grundsatzentscheiden durch die Legislativorgane ein Konsultationsprozess in allen Gemeinden geplant. An dieser Konsultation kann sich die Bevölkerung aktiv beteiligen und konkrete Ideen und Befürchtungen einbringen. Weiter verfolgt der Gemeinderat das Ziel, dass alle Projektpartnerinnen auf Augenhöhe diskutieren und sich ernst genommen fühlen. Davon zeugt beispielsweise die Tatsache, dass die Machbarkeitsstudie auf Wunsch der kleineren Gemeinden mit zusätzlichen Fragestellungen, die im ursprünglichen Konzept so nicht vorgesehen waren, ergänzt wurde.

Bern, 8. Januar 2020

Der Gemeinderat